

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600 729/6-V/4/83

An das
Präsidium des Nationalrates1010 W i e n43 83
1983 -11- 03Förster
Dr. Wasshuber

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

MATZKA

2395

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem
das Zolltarifgesetz 1958 geändert wird;
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt als Anlage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme gegenüber dem Bundes-
ministerium für Finanzen zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zolltarifgesetz 1958 geändert wird.

Beilage28. Oktober 1983
Für den Bundeskanzler:
i.V.OK ESEKFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600 729/6-V/4/83

An das
Bundesministerium für Finanzen

1010 W i e n

Sachbearbeiter
MATZKA

Klappe/Dw
2395

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das
Zolltarifgesetz 1958 geändert wird;
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst nimmt zu dem mit do.
Schreiben vom 26. September 1983, GZ ZT-100/38-III/7/83 über-
mittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Zolltarif-
gesetz 1958 geändert wird, wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 3:

Entsprechend der üblichen legislatischen Ausdrucksweise sollte
der zweite Satz lauten: "Das Kontingentjahr beginnt mit
1. März eines jeden Jahres."

Zu Art. II:

In Abs. 1 dieses Artikels wird die Inkrafttretensbestimmung mit
einer Übergangsvorschrift kombiniert; dies ist deshalb nicht
angebracht, weil die Übergangsregelung keinen Einfluß auf das
Inkrafttreten des Bundesgesetzes hat, sondern eine materielle
Sonderregelung hinsichtlich einer Bestimmung des Gesetzent-
wurfes trifft. Es wäre daher konsequenterweise die Inkrafttre-
tensbestimmung von der Übergangsregelung zu trennen. Die In-
krafttretungsregelung sollte daher lauten: "Dieses Bundesgesetz
tritt mit 1. März 1984 in Kraft."

- 2 -

Danach wäre ein neuer Abs.2 einzufügen, der die Übergangsregelung hinsichtlich des Kontingentes zur Nummer o3.o1 A 2 b 1 beinhaltet.

Zur Gestaltung des Vorblatts wird ersucht, die in den Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 29. Oktober 1980, Zl.600 824/8-V/A/2/81, und vom 9. Dezember 1981, Zl. 600 824/8-V/A/2/81 vorgeschlagene Gliederung zu verwenden.

28. Oktober 1983
Für den Bundeskanzler:
i.V.OKRESEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

